

ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN

Dieses Dokument wird **nicht mit Aktenzeichen versehen, es wird ausgeschlossen elektronisch verfasst, und später wird es nicht mehr erreichbar. Dieses Dokument stellt keinen schriftlichen Vertrag dar, wird auf Ungarisch verfasst und weist auf keinen Verhaltenskodex hin.** Im Falle von Fragen im Zusammenhang mit dem Einsatz, den Bestellungs- und Lieferungsprozessen des Webshops stehen wir mit den angegebenen Kontaktmöglichkeiten zur Verfügung. Die folgenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen (im Folgenden AGB) gelten für Rechtsverhältnisse, die auf der Webseite ([http://: www.capetansport.at](http://www.capetansport.at)) und auf den Subdomains des Diensteanbieters zustande kommen. Die derzeit gültigen AGB sind kontinuierlich auf der Webseite <https://www.capetansport.at/shophelp.php?tab=privacypolicy> zu erreichen und herunterzuladen. Weiterhin sind sie zu jeder Zeit unter dem Link https://capetansport.at/shop_ordered/93722/pic/AGB.pdf zu drucken.

Um Ihr Widerrufsrecht ausüben zu können, stellen wir Ihnen ein Muster-Widerrufsformular auf unserer Homepage unter dem Link „[Widerrufsrechtsformular herunterladen](#)“ zur Verfügung.

1. Angabe des Diensteanbieters:

Name des Diensteanbieters: Tactic GmbH

Sitz des Diensteanbieters (gleichzeitig Ort der Beschwerdeverwaltung): 2119, Pécel, Thököly u. 31. Ungarn

Kontakt des Dienstleiters, regelmäßig benutzte elektronische Adresse für Kunden: webshop@capetansport.at

Handelsregisternummer: Cg. 13-09-08-0289

Steueridentifikationsnummer: 12387-076-2-13

Name der registrierenden Behörde: Budapest Környéki Törvényszék (Amtsgericht in der Agglomeration von Budapest)

Telefonnummer: +36 30 267 5501 +36 28 920 938

Sprache des Vertrages: Deutsch

2. Grundlegende Vorschriften

2.1. Für die nicht in diesen AGB enthaltenen Fällen und für die Interpretierung der AGB gilt ungarisches Recht, insbesondere in Bezug auf die entsprechenden Vorschriften des ungarischen Bürgerlichen Gesetzes („Ptk.”) No. 5. von 2013, und des Gesetzes (Elker tv.) No. 18. von 2001 über elektronischen Dienstleistung und über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft bzw. des Regierungserlasses No. 45. von 2014 (Art. 26. Abs. 2) über die Durchführungsvorschriften der Verträge zwischen Verbraucher und Unternehmer.

2.2. Die derzeit gültigen AGB gelten ab 7. Oktober 2017 und werden bis auf Widerruf gültig sein. Der Diensteanbieter ist berechtigt die AGB einseitig zu ändern. Die Änderungen soll der Diensteanbieter 11 (elf) Tagen vor deren Inkrafttreten auf der Webseite veröffentlichen. Die Verbraucher nehmen mit dem Gebrauch der Webseite an, dass alle Regelungen im Zusammenhang mit dem Gebrauch der Webseite für sie gelten.

2.3. Der Verbraucher, der die von dem Diensteanbieter unterhaltene Webseite aufruft, oder deren Inhalt in irgendeiner Form liest, selbst wenn er sich selbst nicht auf der Webseite registriert ist, verpflichtet sich, den Inhalt der AGB anzunehmen. Nähme der Verbraucher die Bedingungen

nicht an, ist er zum Aufruf der Webseite nicht berechtigt.

2.4. Der Dienstanbieter behält alle Rechte hinsichtlich der Webseite, deren jedes Details und der darauf erschienenen Inhalte bzw. hinsichtlich des Vertriebs der Webseite vor. Herunterladen, elektronisches Speicherung, Aufarbeitung und Verkauf der auf der Webseite erschienenen Inhalte und deren Teile sind ohne die schriftliche Zustimmung der Dienstanbieter verboten.

3. Registration/Kauf

3.1. Mit seiner Registration/Kauf erklärt der Verbraucher, die AGB und die Bedingungen der AGB und der auf der Webseite veröffentlichten Datenschutz-Information kennengelernt und angenommen zu haben und er willigt in Datenverarbeitung ein.

3.2. Der Verbraucher ist verpflichtet im Falle einer Registration/ Kauf seine eigenen echten Daten anzugeben. Der zu erstellende elektronische Vertrag ist nicht gültig, wenn bei der Registration/ Kauf die angegebenen Daten wahrheitswidrig oder mit anderen Personen zusammenhängend sind. Der Dienstanbieter schliesst die Verantwortlichkeit aus, wenn der Verbraucher im Namen von einem anderen, mit Angaben einer anderen Person die Dienstleistung in Anspruch nimmt.

3.3. Der Dienstanbieter trägt für Lieferverzögerungen, die auf die vom Verbraucher falsch und/oder unpünktlich angegebenen Daten zurückzuführen sind, keine Verantwortung.

3.4. Der Dienstanbieter trägt keine Verantwortung für die Schäden im Falle, wenn der Verbraucher sein Passwort vergisst, oder es aus dem Dienstanbieter nicht anzulastenden Gründen für Unbefugten erreichbar wird.

4. Der Kreis der verfügbaren Produkte und Dienstleistungen

4.1. Die dargestellten Produkten sind ausgeschlossen online bestellbar. Die auf die Produkte bezogenen Preise werden in Forint ausgedrückt und beinhalten die gesetzlich vorgeschriebene Umsatzsteuer, aber keine Versandkosten. Keine Verpackungskosten werden extra berechnet.

4.2. Im Webshop soll der Dienstanbieter den Namen und die Beschreibung der Produkte ausführlich darlegen und mit Foto illustrieren.

4.3. Die auf der Webseite veröffentlichte Fotos können von den wirklichen Produkten divergieren und als Illustration erscheinen. Weiterhin können auch Fotos auf der Produktseite über Produktserien und Produktverwendung erscheinen, die sich nicht oder nicht ausschliesslich auf das bestimmte Produkt beziehen. Unter den Fotos mögen auch Produkte, die mit ihrer Verwendung zusammenhängenden zugehörigen Produkten illustriert sind, dargestellt werden. In diesen Fällen bietet der Dienstanbieter dem Verbraucher natürlich das Grundprodukt ohne die extra Zubehöre an. Der Dienstanbieter trägt also für den Unterschied zwischen im Webshop erschienenem Foto und dem wirklichen Aussehen des Produkts keine Verantwortung. Der Vorstellung des Produkts dient in erster Linie die textliche Umschreibung.

4.4. Sollte ein Sonderpreis eingeführt werden, stellt der Dienstanbieter dem Verbraucher darüber und über den pünktlichen Zeitraum der Aktion vollständige Information zur Verfügung.

4.5. Die Aktien sind immer bis zur Erschöpfung der Bestände gültig.

4.6. Sollte ein falscher Preis trotz aller Sorgfalt des Dienstanbieters auf der Homepage des Online-Shops vorkommen, insbesondere die offensichtlich falsche Kaufpreise von 0 Ft oder 1 Ft, die von den geläufigen, allgemein akzeptierten, oder von geschätzten Preisen wesentlich abweichend, ev. wegen Systemfehler aufgetreten sind, ist der Dienstanbieter nicht verpflichtet das Produkt zum falschen Preis zu liefern. Er kann eine Lieferung zum richtigen Preis anbieten, wobei der Verbraucher sein Widerrufsrecht üben kann.

4.7. Im Falle eines falschen Preises besteht eine auffällige Disproportionalität in Bezug auf Wert zwischen dem wirklichen und dem angegebenen Preis des Produktes, was von dem durchschnittlichen Verbraucher gleich zu erkennen ist. Gemäß dem ungarischen Bürgerlichen Gesetzes („Ptk.“) No. 5. von 2013 kommt der Vertrag mit dem gegenseitigen und einstimmigen Ausdruck des Willens der Vertragsparteien zustande. Sofern die Vertragsparteien die Bedingungen des Vertrags nicht vereinbaren können, d.h. es keine Erklärung der gegenseitigen und einstimmigen Willens der Vertragsparteien gibt, kann es über keinen gültig zustande gekommenen Vertrag gesprochen werden, woraus sich Rechte und Verpflichtungen ergeben. Demnach sind die Kaufaufträge, die zu falschen oder inkorrekten Preisen bestätigt sind, als annullierte Verträge zu betrachten.

5. Verlauf der Bestellung

5.1. Der Verbraucher meldet nach der Registration in den Webshop an, oder er kann auch ohne Registration mit dem Kauf beginnen.

5.2. Der Verbraucher legt in den Warenkorb die gewählten Produkte. Der Verbraucher kann zu jeder Zeit den Inhalt seines Warenkorbs mit einem Klick auf das Bildzeichen Korb ansehen.

5.3. Der Verbraucher stellt die Stückzahl des Produkts/ der Produkten ein.

5.4. Wenn der Verbraucher weitere Produkte in den Warenkorb legen möchte, soll er auf „Zurück“ klicken. Wenn er keine weiteren Artikel in den Warenkorb legen möchte, kontrolliert er die Stückzahl des Produktes/ der Produkte. Mit dem Klicken auf das Bildzeichen „Mülltonne“ kann der Warenkorb geleert werden. Zur Bestimmung der endgültigen Stückzahl der Produkte klickt der Verbraucher auf „ändern“.

5.5 Der Verbraucher klickt auf die Lieferungsadresse, dann wählt das Zahlungsmittel und die Lieferung aus.

5.5.1. Zahlungsmittel:

Vorkasse: Bei einer Zahlung per Vorkasse überweist der Verbraucher den Rechnungsbetrag in drei Tagen auf das Bankkonto des Diensteanbieters. Die Bankverbindung erhält der Verbraucher per E-Mail nach Abschluss der Bestellung. Sobald der Diensteanbieter den Eingang auf ihrem Konto verbuchen kann, versendet er die Bestellung.

Online mit Zahlungskarte: Der Verbraucher kann den Rechnungsbetrag der Bestellung durch das sichere Zahlungsverkehrssystem des vom Diensteanbieter gewählten Finanzdienstleisters mit Online-Zahlungskarte bezahlen.

5.5.2 Die Versandkosten sind abhängig vom Gewicht des bestellten Produktes, wie folgt:

5.6. Sollte bei Produkten oder Kaufpreisen ein Fehler oder ein Mängel im Webshop vorkommen, so behalten wir uns das Recht vor, sie zu korrigieren. In diesem Fall wird der Kunde gleich nach der Erkennung oder Änderung des Fehlers über die neuen Daten informiert. Der Verbraucher kann danach noch einmal seine Bestellung bestätigen oder den Vertrag widerrufen.

5.7. Der zu bezahlende Rechnungsbetrag enthält gemäß der Zusammenrechnung und der Bestellungsbestätigung alle Kosten. Die Rechnung (und die eventuellen Garantiedokumenten) enthält das Paket. Der Verbraucher ist verpflichtet, das Paket bei Übergabe vor dem Beförderer zu überprüfen und im Falle einer eventuellen Beschädigung der Verpackung eine Protokollaufnahme zu beantragen. Wenn das Paket geschädigt ankommt, ist der Verbraucher nicht verpflichtet, das Paket zu übernehmen. Nachherige Reklamation ohne Protokoll wird vom Diensteanbieter nicht angenommen. Die Zustellung von Paketen erfolgt an Werktagen zwischen 8.00 und 17.00 Uhr.

5.8 Nach der Angabe der Daten kann der Verbraucher mit dem Klicken auf „Bestellen“ seine Bestellung versenden, bevor er aber das macht, kann er noch einmal die angegebenen Daten kontrollieren. Auf der Webseite oder per E-Mail können Bemerkungen im Zusammenhang mit der Bestellung geschickt werden.

5.9. Der Verbraucher nimmt mit der Bestellung zur Kenntnis, dass **auf ihn eine Zahlungsverpflichtung abgewälzt wird.**

5.10. Korrektur von Dateneingabefehlern: Der Verbraucher kann in allen Fällen vor dem Abschluss des Bestellungsprozesses in die vorige Phase zurücktreten, wo die eingeführten Daten korrigiert werden können. Ausführlich: Bei der Bestellung kann der Inhalt des Warenkorbs betrachtet bzw. modifiziert werden. Sollte der Warenkorb nicht die gewünschte Anzahl enthalten, kann der Verbraucher ins Eingabefeld „Menge“ die gewünschte Stückzahl einführen und dann „ändern“ drücken. Möchte der Verbraucher den Inhalt des Warenkorbs löschen, klickt er dann auf „Warenkorb leeren“. Es besteht die Möglichkeit während des ganzen Bestellungsprozesses, die eingeführten Daten zu korrigieren und zu löschen.

5.11. Der Verbraucher erhält nach dem Versenden der Bestellung eine Bestellungsbestätigung per E-Mail. Sollte diese Bestätigung innerhalb von 48 Stunden nach dem Versenden der Bestellung zum Verbraucher nicht ankommen, wird er von der Vertragspflicht und von der Gebundenheit des Antrags befreit. Die Bestellung und Bestätigung werden nur im Falle ihrer Zugänglichkeit für den Verbraucher und Dienstanbieter als angekommen betrachtet. Der Dienstanbieter nimmt keine Verantwortung über, wenn die Bestellungsbestätigung wegen Angabe falscher E-Mail Adresse nicht rechtzeitig ankommt oder der Verbraucher wegen Überlastung seiner elektronischen Datenräume nicht benachrichtigt werden kann.

5.12. Der Verbraucher nimmt zur Kenntnis, dass die in vorigem Absatz erörterte Bestätigung lediglich ein automatisch generierte Bestätigung ist und sie keinen Vertrag erzeugt. Hat der Dienstanbieter nach dem automatisch generiertem E-Mail-Bestätigung über die Einzelheiten und die voraussichtliche Erfüllung des Auftrags in einem neuen, anderen E-Mail den Verbraucher benachrichtigt, so ist der Vertrag geschlossen.

6. Aufarbeitung und Erfüllung der Aufträge

6.1. Die Aufarbeitung der Bestellungen erfolgt während der Öffnungszeiten. Auch ausser der Öffnungszeiten können aber Bestellungen abgegeben und versendet werden. Kommen die Bestellungen nach der Öffnungszeiten an, so werden sie am nächsten Werktag aufgearbeitet. Der Kundendienst des Dienstanbieters bestätigt in allen Fällen elektronisch, wann er die Aufträge erfüllen kann.

6.2. Allgemeine Lieferungsfrist erfolgt innerhalb von 36-48 Stunden nach der Bestellungsbestätigung.

6.3. Gemäß dem Kaufvertrag ist einerseits der Dienstanbieter verpflichtet, das Eigentum zu übertragen, andererseits muss der Verbraucher den Kaufpreis zu bezahlen und die Ware zu übernehmen.

6.4. Wenn der Verkäufer ein Unternehmen und der Käufer ein Verbraucher ist, und der Verkäufer übernimmt die Zustellung der Ware an den Käufer, geht die Gefahr zu dem Zeitpunkt auf den Käufer über, zu dem die Ware vertragsgemäß dem ersten Beförderer zur Versendung an den Käufer übergeben worden ist.

6.5. Wenn der Verkäufer ein Unternehmen und der Käufer ein Verbraucher ist und sofern die Vertragsparteien nichts anderes vereinbaren, ist der Verkäufer (in diesen AGB: Dienstanbieter) verpflichtet, unverzüglich nach dem Vertragsschluss, aber spätestens innerhalb von 30 Tagen die Waren zur Verfügung des Käufers (des Verbrauchers) stellen.

6.6. Im Falle eines Verzuges des Diensteanbieters ist der Verbraucher berechtigt, eine neue Lieferungsfrist anzusetzen. Wenn der Verkäufer die neue Lieferungsfrist nicht erfüllt, ist der Käufer berechtigt, sein Widerrufsrecht zu üben.

6.7. Der Verbraucher ist berechtigt ohne neue Lieferungsfrist sein Widerrufsrecht zu üben, wenn:

a, Der Diensteanbieter die Ausführung des Vertrags verweigert hat; oder

b, Der Vertrag nach der Vereinbarung der Vertragsparteien oder aufgrund der erkennbaren Beschaffenheit des Dienstes zu einer bestimmten Erfüllungszeit – und nicht zur sonstigen Zeit – hätte ausgeführt werden müssen.

6.8. Wenn der Mangel an dem vertraglichen Produkt die Einhaltung der vertraglichen Pflichten des Diensteanbieters unmöglich macht, ist der Diensteanbieter verpflichtet, den Verbraucher darüber unverzüglich zu informieren und den gezahlten Betrag zurückzuzahlen.

7. Widerrufsrecht

7.1. Gemäß der Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates und dem Regierungserlass No. 45 von 2014 (Art. 26. Abs. 2), kann der Verbraucher binnen vierzehn Kalendertagen nach dem Eingangsdatum ohne Begründung den Vertrag widerrufen und das Produkt zurücksenden. Mangels dieser Information ist der Verbraucher 1 Jahre lang berechtigt, sein Widerrufsrecht zu üben. Wenn der Diensteanbieter nach vierzehn Tagen nach dem Eingangsdatum des Produkts oder nach vierzehn Tagen nach dem Vertragsschluss, aber innerhalb von 12 Monaten den Verbraucher über sein 14-tägiges Widerrufsrecht informiert, so wird die 14-tägigen Widerrufsrecht ab dem Zeitpunkt der Informationsmitteilung gerechnet.

7.2. Die Zeit für Ausübung des Widerrufsrechts endet am 15. Tag, nachdem der Verbraucher oder ein vom Verbraucher benannter Dritter, der nicht der Beförderer ist, das Produkt in Besitz genommen hat.

7.3. Der Verbraucher kann sein Widerrufsrecht auch im Zeitraum zwischen den Tagen des Vertragsschlusses und der Produktübernahme ausüben.

7.4. Die Kosten für die Rücksendung der Waren soll der Verbraucher tragen, das Unternehmen trägt keine Kosten im Zusammenhang mit Rücksendung der Waren.

7.5. Im Falle der Ausübung des Widerrufsgesetzes belasten den Verbraucher keine weiteren Kosten außer Rücksendungskosten.

7.6. Der Verbraucher hat kein Widerrufsrecht bei einem Vertrag zur Lieferung von Waren, die nicht vorgefertigt sind und für deren Herstellung eine individuelle Auswahl oder Bestimmung durch den Verbraucher maßgeblich ist oder die eindeutig auf die persönlichen Bedürfnisse des Verbrauchers zugeschnitten sind.

7.7. Der Verbraucher kann sein Widerrufsrecht nicht einmal in folgenden Fällen üben:

7.7.1. Nach der Erfüllung der vollständigen Dienstleistung, worüber im Vertrag vereinbart wurde, wenn das Unternehmen mit der Dienstleistung mit dem ausgesprochenen, vorherigen Zustimmung des Verbrauchers begonnen hat, und der Verbraucher zur Kenntnis genommen hat, sein Widerrufsrecht nach der vollständigen Ausführung der Dienstleistung zu verlieren;

7.7.2. Bei Verträgen, wo solche Produkte oder Dienstleistungen zu verkaufen sind, deren Preis bzw. Gebühr auch während der offenen Zeit für das Widerrufsrecht von den eventuellen Schwankungen des Geldmarktes, die das Unternehmen nicht beeinflussen kann, abhängt;

7.7.3. Hinsichtlich solcher Produkte, die verderblich sind oder deren Haltbarkeit kurz sind;

7.7.4. Bei Verträgen zur Lieferung versiegelter Waren, die aus Gründen des Gesundheitsschutzes oder der Hygiene nicht zur Rückgabe geeignet sind, wenn ihre Versiegelung nach der Lieferung entfernt wurde;

7.7.5. Hinsichtlich solcher Produkten, die sich aufgrund ihrer Art nach der Lieferung mit anderen Produkten unbedingt vermischen;

7.7.6. Hinsichtlich solcher Produkten mit Alkoholgehalt, deren aktueller Wert von Schwankungen auf dem Markt abhängt, auf die der Gewerbetreibende keinen Einfluss hat; und über deren Preis die Vertragsparteien sich beim Kaufvertrag vereinbart haben, aber die Ausführung des Vertrags erfolgt lediglich nach dem dreißigsten Tag nach dem Vertragsschluss.

7.7.7. Im Falle eines Unternehmensvertrags, wobei das Unternehmen zwecks dringender Instandhaltung- und Reparaturarbeiten ausgesprochen für die Bitte des Verbrauchers ihn aufsucht.

7.7.8. Wenn es sich bei den gelieferten Waren um Ton- oder Videoaufnahmen oder Computersoftware in einer versiegelten Packung gehandelt hat, die nach der Lieferung entfernt wurde.

7.7.9. Hinsichtlich Zeitungen, Zeitschrift und Periodika mit der Ausnahme von Verträgen, die über Abonnemente geschlossen werden.

7.7.10. In Fällen von Verträgen, die in öffentlichen Versteigerungen geschlossen wurden;

7.7.11. Im Hinblick auf Dienstleistungen, die in den Bereichen Unterbringung zu anderen Zwecken als zu Wohnzwecken, Beförderung von Wagen, Mietwagen, Lieferung von Speisen und Getränken sowie im Zusammenhang mit Freizeitbetätigungen erbracht werden und der Vertrag für die Erbringung einen spezifischen Termin oder Zeitraum vorsieht;

7.7.12. Im Hinblick auf digitale Dateninhalte, wenn das Unternehmen mit der geäußerten Zustimmung des Verbrauchers die Erfüllung des Antrags angefangen hat, und der Verbraucher mit der Zustimmung gleichzeitig zu Kenntnis genommen hat, er verliert mit dem Beginn der Erfüllung sein Widerrufsrecht;

7.8. Der Dienstleister hat dem Verbraucher alle Zahlungen, die Versandkosten inbegriffen unverzüglich aber spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzahlen, an dem die Widerrufserklärung oder die Rückbeförderung des Produkts bei dem Dienstleister im Sinne der oben erörterten Gesetze eingegangen ist;

7.9. Für diese Rückzahlung wird dasselbe Zahlungsmittel verwendet, das der Verbraucher bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt hat, es sei denn, mit dem Verbraucher wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden dem Verbraucher wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

7.10. Der Verbraucher ist verpflichtet, die Waren unverzüglich aber binnen vierzehn Tagen nach dem Versand des Widerrufserklärung an den Dienstleister zurückzusenden oder an der Adresse des Dienstleisters abzugeben.

7.11. Der Verbraucher muss im Falle schriftlicher Übung des Widerrufsrechts lediglich die Widerrufserklärung binnen vierzehn Tagen versenden.

7.12. Die Frist ist gewahrt, wenn der Verbraucher das Produkt vor Ablauf einer Frist von vierzehn Tagen absendet, oder abgibt.

7.13. Der Verbraucher trägt ausschließlich die Rücksendekosten des Produkts, es sei denn, das Unternehmen hat diese Kosten übernommen.

7.14. Der Dienstanbieter ist nicht verpflichtet, die zusätzlichen Kosten zu tragen, die sich daraus ergeben, dass der Verbraucher eine andere Art der Lieferung als die vom Dienstanbieter angebotene, günstige Standardlieferung gewählt hat.

7.15. Der Dienstanbieter kann die Rückzahlung verweigern, bis er die Waren wieder zurückerhalten hat oder bis der Verbraucher den Nachweis erbracht hat, dass er die Waren zurückgesandt hat, je nachdem, welches der frühere Zeitpunkt ist.

7.16. Im Falle, der Verbraucher von seinem Widerrufsrecht Gebrauch macht, muss er schriftlich, per Telefon oder persönlich, mittels einer eindeutigen Erklärung über seinen Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, den Dienstanbieter informieren. Im Falle eines per Post versandter Briefes ist der Posttempel, beim Telefonieren ist der Zeitpunkt des Telefonierens maßgebend. Die per Post versandten Briefe oder Pakete nimmt der Dienstanbieter per Eischreiben mit Rückschein an. Die bestellten Waren kann der Verbraucher mit der Post oder mit einem Beförderungsdienst dem Dienstanbieter zurücksenden.

7.17. Der Verbraucher muss für einen etwaigen Wertverlust der Waren nur aufkommen, wenn dieser Wertverlust auf einen zur Prüfung der Beschaffenheit, Eigenschaften und Funktionsweise der Waren nicht notwendigen Umgang mit ihnen zurückzuführen ist.

7.18. Die ausführlichen staatlichen Regulierungsvorschriften in Bezug auf Verträge zwischen Verbraucher und Unternehmen (No. 45 von 2014, Art. 26. Abs. 2.) werden hier erteilt.

7.19. Die Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates wird hier erteilt.

7.20. Der Verbraucher kann sich auch mit sonstigen Beschwerden mit Hilfe der in diesen AGB angegebenen Kontaktmöglichkeiten an den Dienstanbieter wenden.

7.21. Das Widerrufsrecht steht nur den Kunden zu, die sich aufgrund des ungarischen Bürgerlichen Gesetzes („Ptk.”) als Verbraucher erweisen.

7.22. Kein Widerrufsrecht steht einem Unternehmen zu, d.h. einer Person, die einer eigenen beruflichen, gewerblichen oder geschäftlichen Tätigkeit nachgeht.

7.23. Der Verlauf der Ausübung des Widerrufsrechts

7.23.1. Wenn der Verbraucher von seinem Recht auf Widerruf des Vertrages Gebrauch macht, so ist er verpflichtet, über seine Widerrufsabsicht den Dienstanbieter durch den angegebenen Kontaktmöglichkeiten zu informieren.

7.23.2. Zur Wahrung der Widerrufsfrist muss der Verbraucher vor Ablauf der Widerrufsfrist (binnen vierzehn Tagen nach dem Eingang des Produktes) die Widerrufserklärung zurücksenden. Der Verbraucher muss im Falle schriftlicher Übung des Widerrufsrechts lediglich die Widerrufserklärung binnen vierzehn Tagen versenden. Im Falle eines per Post versandter Briefes ist der Posttempel, beim E-Mail oder Telefax ist der Zeitpunkt der Benachrichtigung maßgebend.

7.23.3. Der Verbraucher ist im Falle des Widerrufs verpflichtet, die Ware unverzüglich aber binnen vierzehn Tagen nach dem Versand des Widerrufserklärung an den Dienstanbieter zurückzusenden. Die Frist ist gewahrt, wenn der Verbraucher das Produkt vor Ablauf der Frist von vierzehn Tagen absendet, d.h. die Ware braucht nicht in vierzehn Tagen einzugehen. Der Verbraucher trägt allerlei Kosten im Zusammenhang mit der Zurücksendung der Ware.

7.23.4. Der Dienstanbieter ist jedoch nicht verpflichtet, die zusätzlichen Kosten zu tragen, die sich daraus ergeben, dass der Verbraucher eine andere Art der Lieferung als die vom Dienstanbieter angebotene, günstige Standardlieferung gewählt hat. Der Verbraucher kann sein Widerrufsrecht auch im Zeitraum zwischen den Tagen des Vertragsschlusses und der Produktübernahme ausüben.

7.23.5. Im Falle von gleichzeitiger Bestellung von mehreren Waren, sofern die Lieferung der einzelnen Waren in verschiedenen Zeitpunkten erfolgt, kann der Verbraucher vierzehn Tage lang ab dem Eingangsdatum der letzten Ware bzw. bei mehreren Artikeln oder Stücken ab dem Eingangsdatum des letzten Stückes oder Artikels sein Widerrufsrecht geltend machen.

8. Garantiebedingungen, Haftung

Mängel

Der Dienstanbieter führt mangelhaft den Vertrag aus, wenn die Erbringung der Dienstleistung zum Zeitpunkt der Erfüllung den Qualitätsforderungen des Vertrags oder den Rechtsnormen nicht entspricht. Der Dienstanbieter führt den Vertrag nicht mangelhaft aus, wenn der Verbraucher den Mangel zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses gekannt hat oder hätte kennen müssen.

Verträgliche Bestimmungen zwischen dem Dienstanbieter und dem Verbraucher sind unwirksam, die von den Bestimmungen dieses Kapitels in Bezug auf Mängelhaftung und Garantie zum Nachteil des Verbrauchers abweichen.

Mängelhaftung

8.1. In welchen Fällen steht dem Verbraucher das Gewährleistungsrecht zu?

Der Verbraucher kann im Falle einer mangelhaften Ausführung des Vertrags dem Dienstanbieter gegenüber mit einem Gewährleistungsanspruch nach den Vorschriften des ungarischen Bürgerlichen Gesetzes („Ptk.“) auftreten.

8.2. Welche Rechte stehen dem Verbraucher aufgrund seines Gewährleistungsanspruchs zu?

Der Verbraucher kann nach Wahl mit folgenden Schadenersatzansprüchen auftreten: Er kann einen Anspruch auf Nachbesserung oder Ersatzlieferung haben, es sei denn, die Ausführung des gewählten Anspruchs ist unmöglich oder die Ausführung hat im Vergleich zur Erfüllung anderer Ansprüche unverhältnismäßige zusätzliche Kosten. Wenn der Verbraucher auf die Nachbesserung oder auf die Ersatzlieferung verzichtet oder sie nicht beanspruchen kann, kann er die Zustellung einer angemessenen Vergütung beanspruchen, oder: Den Mangel kann der Verbraucher bzw. ein anderer auch auf die Kosten des Dienstanbieters beseitigen oder als letztes Mittel kann er den Vertrag widerrufen. Vom gewählten Gewährleistungsanspruch kann er zu einem anderen kehren, die Kosten des Übergangs sollen aber vom Verbraucher getragen werden, es sei denn, der Übergang war begründet oder darauf hat der Dienstanbieter einen Grund aufgewiesen.

8.3. Welche Gewährleistungsfristen gelten für Verbraucher im Falle eines Gewährleistungsanspruchs?

Der Verbraucher muss über den Mangel unverzüglich nach seiner Entdeckung, aber nicht später als zwei Monate ab dem Zeitpunkt der Entdeckung des Mangels den Dienstanbieter in Kenntnis setzen. Daneben muss auch darauf hingewiesen werden, dass die Verjährungsfrist für Mängelansprüche bei der Lieferung neuer Sachen zwei Jahre beträgt, gerechnet ab Gefahrübergang (d.h. ab Zeitpunkt der Vertragserfüllung). Nach zwei Jahren kann der Verbraucher keine Gewährleistungsansprüche mehr erheben.

8.4. Wem gegenüber kann der Verbraucher sein Gewährleistungsrecht geltend machen?

Der Verbraucher kann dem Dienstanbieter gegenüber sein Gewährleistungsrecht geltend machen.

8.5. Unter welchen anderen Bedingungen kann der Verbraucher sein Gewährleistungsrecht geltend machen?

Außer der Mitteilung des Fehlers innerhalb von sechs Monaten ab Gefahrübergang gibt es keine andere Bedingung der Geltendmachung seines Gewährleistungsanspruchs, wenn der Verbraucher beweist, dass das Produkt oder die Dienstleistung vom Webshop unterhaltenen Unternehmen dargeboten worden ist. Sechs Monate nach Ablauf der Frist muss der Verbraucher selbst beweisen, dass der von ihm entdeckte Fehler schon auch zum Zeitpunkt des Gefahrübergangs bestanden hat.

Produkthaftung

8.6. Für welche Fälle gilt die Produkthaftung?

Im Falle des Mangels beweglicher Sache steht dem Verbraucher nach Wahl entweder Gewährleistungsrecht auf Mängelhaftung oder auf Produkthaftung zu.

8.7. Welche Rechte stehen dem Verbraucher aufgrund seines Produkthaftungsrechts zu?

Dem Verbraucher werden ausgeschlossen Ansprüche wie Nachbesserung oder Ersatzlieferung zugelassen.

8.8. In welchen Fällen wird ein Produkt fehlerhaft angesehen?

Ein Produkt wird fehlerhaft angesehen, wenn es den zum Zeitpunkt des Inverkehrbringens geltenden Qualitätsforderungen nicht entspricht oder wenn es über die Eigenschaften, die vom Hersteller in der Produktbeschreibung verfasst wurden, nicht verfügt.

8.9. Welche Produkthaftungsfristen gelten für Verbraucher sein Produkthaftungsrecht geltend zu machen?

Die Produkthaftungsfrist beträgt zwei Jahre, nachdem der Hersteller das Produkt in Verkehr gebracht hat. Nach dem Ablauf dieser Frist wird dem Verbraucher kein Produkthaftungsrecht gewährt.

8.10. Wem gegenüber und unter welchen anderen Bedingungen kann der Verbraucher sein Produkthaftungsrecht geltend machen?

Der Verbraucher kann ausschließlich gegenüber dem Hersteller und dem Händler beweglicher Sache sein Produkthaftungsrecht geltend machen. Der Fehler des Produkts muss im Falle der Geltendmachung des Produkthaftungsrechts vom Verbraucher bewiesen werden.

8.11. Unter welchen Bedingungen wird der Hersteller (Händler) von seiner Haftungsverpflichtung befreit?

Der Hersteller (Händler) wird von seiner Haftungsverpflichtung ausschließlich befreit, wenn er nachweisen kann, dass:

- Er das Produkt nicht im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit hergestellt oder in Verkehr gebracht hat; oder

- Der vorhandene Fehler nach dem Stand der Wissenschaft und Technik zu dem Zeitpunkt, zu dem er das betreffende Produkt in Verkehr brachte, nicht erkannt werden konnte; oder

- Der Fehler darauf zurückzuführen ist, dass das Produkt verbindlichen hoheitlich erlassenen Normen entspricht.

Der Hersteller (Händler) soll lediglich einen Grund für die Freistellung beweisen.

Zu bemerken ist, dass der Verbraucher wegen desselben Fehlers Mängelhaftungsrecht und Produkthaftungsrecht nicht gleichzeitig und parallel üben kann. Im Falle einer erfolgreichen Geltendmachung des Produkthaftungsrechtes kann aber das Mängelhaftungsrecht für das ausgetauschte Produkt bzw. für den reparierten Teil dem Hersteller gegenüber gelten.

Garantie

8.12. In welchen Fällen steht dem Verbraucher ein Garantierecht zu?

Beim Vorliegen einer Vertragswidrigkeit (d.h. fehlerhafte Erfüllung des Antrags) ist der Dienstanbieter aufgrund des Regierungserlasses No. 151. von 2013 (Art. 22. Abs. 9.) über obligatorische Garantie für einzige langlebige Gebrauchsgüter auf Garantiegewährleistung verpflichtet, wenn der Verbraucher gleichzeitig der Konsument ist.

8.13. Welche Rechte und Friste gelten für Verbraucher im Falle der Ausübung des Garantierechts?

Garantiefrist beträgt ein Jahr, gerechnet ab dem Gefahrübergang des Verbrauchsgutes zum Verbraucher oder - wenn das Verbrauchsgut vom Händler oder von seinem Beauftragter in Betrieb gesetzt wird - gerechnet ab dem Tag der Inbetriebnahme.

Der Verbraucher ist nach Wahl aufgrund seines Garantieanspruchs berechtigt:

1. Nachbesserung oder Ersatzlieferung zu beanspruchen, es sei denn, die Ausführung des gewählten Anspruchs ist unmöglich oder die Ausführung hat im Vergleich zur Erfüllung anderer Garantieansprüche unverhältnismäßige zusätzliche Kosten, wobei der vertragsgemäße Wert der Ware oder Dienstleistung, das Gewicht des Vertragsstoßes und die Beeinträchtigung wesentlicher Interessen des Berechtigten mit der Erfüllung des Garantieanspruchs zu berücksichtigen sind.
2. Die Zustellung einer angemessenen Vergütung zu beanspruchen, den Mangel auf die Kosten des Verpflichteten selbst zu beseitigen oder ihn beseitigen zu lassen oder den Vertrag zu widerrufen, wenn der Verpflichtete weder Nachbesserung noch Ersatzlieferung unternimmt oder er seine Verpflichtung nicht erfüllen kann, oder die Interessen des Berechtigten (der Verbraucher) in Bezug auf Nachbesserung oder Ersatzlieferung nicht mehr bestehen.

Wenn die Vertragswidrigkeit der Ware unerheblich (unbedeutender Fehler der Ware) ist, steht dem Verbraucher kein Widerrufsrecht zu.

Die Nachbesserung oder die Ersatzlieferung soll innerhalb einer angemessenen Frist und die Interessen des Berechtigten schonend ausgeführt werden, wobei die Beschaffenheit der Ware und eine bestimmungsgemäße Verwendung, die der Berechtigte zu erwarten hat, zu berücksichtigen sind.

8.14. Wann ist der Dienstanbieter nicht mehr verpflichtet, einen Garantieanspruch in Betracht zu nehmen?

Der Dienstanbieter darf nur im Fall einen Garantieanspruch nicht in Betracht nehmen, wenn er beweisen kann, dass der Fehler nach dem Gefahrübergang (nach der Erfüllung des Auftrags) aufgetreten ist. Bitte, beachten Sie, dass Sie wegen desselben Mangels keine Mängelhaftungs- und gleichzeitig Garantierecht oder Produkthaftungs- und gleichzeitig Garantierecht geltend machen dürfen, sonst stehen Ihnen die Rechte zu, die sich aus Garantieanspruch ergeben, unabhängig von den Rechten, die in den Absätzen der Produkt- und Mängelhaftung verfasst sind.

8.15. Der Dienstanbieter gewährt keine Garantie für die Schäden, die nach der Garantiefrist (nach dem zu erwartenden Lebensdauer) aus natürlichem Verschleiß/Veralterung auftreten.

8.16. Der Dienstanbieter gewährt weiterhin keine Haftung oder Garantie für die Schäden, die nach dem Gefahrübergang auftreten und die sich aus fehlerhafter und fahrlässiger Behandlung, aus übertriebener Inanspruchnahme, bzw. aus von den Bestimmten abweichenden Einwirkungen, bzw. aus sonstigem, missbräuchlichem Einsatz ergeben.

8.17. Wenn der Verbraucher wegen des Mangels des Verbrauchsgutes binnen drei Werktagen (ab dem Tag der Inbetriebnahme) einen Ersatzanspruch geltend macht, ist der Dienstanbieter verpflichtet, das Verbrauchsgut zu ersetzen, es sei denn, der Mangel verhindert den zweckmäßigen Gebrauch.

9. Verfahren bei Haftungsansprüche

9.1. Im Vertrag zwischen dem Verbraucher und dem Dienstanbieter darf die Verpflichtung der Parteien von den Bestimmungen der Verordnung zum Nachteil des Verbrauchers nicht abweichen.

9.2. Der Verbraucher ist verpflichtet, den Vertragsschluss zu beweisen (mit Rechnungen oder nur mit Belegen).

9.3. Die Kosten im Zusammenhang mit Erfüllung des Haftungspflichtes belasten den Dienstanbieter (vgl. § 166 Abs.6 „Ptk“.).

9.4. Der Dienstanbieter ist verpflichtet, über den vom Verbraucher angemeldeten Haftungs- oder Garantieanspruch ein Protokoll zu führen.

9.5. Eine Abschrift des Protokolls muss unverzüglich und nachprüfbar zur Verfügung des Verbrauchers stellen.

9.6. Wenn der Dienstanbieter die Erfüllbarkeit des Haftungs- oder Garantieanspruch des Verbrauchers zum Zeitpunkt der Meldung nicht erklären kann, ist er verpflichtet, über seine Stellung - im Falle der Zurückweisung des Ersatzanspruchs sowohl über die Begründung der Zurückweisung als auch über die Zuwendungsmöglichkeit an ein Schlichtungspanel - binnen fünf Werktagen nachprüfbar den Verbraucher informieren.

9.7. Das Protokoll wird nach der Aufnahme für einen Zeitraum von mindestens drei Jahren aufbewahrt, und der zuständigen Behörde auf Verlangen vorgelegt.

9.8. Der Dienstanbieter soll sich um die Nachbesserung oder die Ersatzlieferung des Produkts höchstens binnen fünfzehn Tagen bemühen.

10. Gemischte Bestimmungen

10.1. Dem Dienstanbieter steht zu, für die Erfüllung seiner Verpflichtung einen dritten mitwirkenden Vermittler in Anspruch zu nehmen, für dessen rechtswidrigen Verhalten trägt der Dienstanbieter die volle Verantwortung. Sein Verhalten ist so zu betrachten, als hätte der Dienstanbieter selbst rechtswidrig verhalten.

10.2. Würde irgendein Teil dieser Geschäftsordnung ungültig, rechtswidrig oder nicht einwendbar sein, berührt diese Rechtslage die Gültigkeit, Gesetzmäßigkeit und die Einwendbarkeit die übrigen Teile nicht.

10.3. Sollte der Dienstanbieter sein Recht aufgrund der derzeit gültigen AGB nicht üben, darf die Nichteinhaltung der Rechtübung als keine Aufgabe des genannten Rechts betrachtet werden. Die Aufgabe irgendeines Rechts wird ausgedrückt im Falle einer schriftlichen Erklärung gültig. Die

Tatsache, dass der Dienstleister ein einziges Mal auf eine wesentliche Bedingung oder Klausel der AGB nicht streng besteht, bedeutet keinen Verzicht auf die spätere, strenge Einhaltung der gegebenen Bedingung oder Klausel.

10.4. Jede Streitigkeit zwischen dem Dienstleister und dem Verbraucher soll gütlich beigelegt werden.

11. Verfahren für die Bearbeitung von Beschwerden

11.1. Unser Webshop erzielt alle Aufträge in angemessener Qualität zur Zufriedenheit des Kunden zu erfüllen. Sollte sich der Verbraucher trotzdem über den Vertrag oder dessen Erfüllung beschweren, kann er seine Klage mittels obiger Telefonnummer, E-Mail Adresse oder Brief erklären.

11.2. Der Dienstleister überprüft gleich die mündliche Beschwerde und löst nach Bedarf die Probleme. Sollte der Verbraucher mit der Bearbeitung der Beschwerden nicht einverstanden, oder wäre die unverzügliche Prüfung der Beschwerde nicht möglich, führt der Dienstleister unverzüglich über die Beschwerde und über seine eigene Stellung zur Beschwerde ein Protokoll, und übergibt er eine Abschrift davon an den Verbraucher.

11.3. Die schriftliche Beschwerde wird in dreißig Tagen vom Dienstleister beantwortet. Er gibt eine Begründung für seine Beschwerdeablehnung. Das Protokoll über die Beschwerde und die Abschrift der darauf gegebene Antwort werden vom Dienstleister für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren aufbewahrt, und der zuständigen Behörde auf Verlangen vorgelegt.

11.4. Der Verbraucher kann im Falle einer Beschwerde die „Europäische Plattform für die Online-Streitbeilegung“ (OS-Plattform) in Anspruch nehmen. Die Inanspruchnahme der Plattform braucht eine einfache Registration in das System der Europäischen Kommission, [hier klicken](#). Danach kann der Verbraucher seine Beschwerde nach dem Anmelden durch die Webseite <http://ec.europa.eu/odr> einreichen.

12. Urheberrechte

12.1. Da die Website capetansport.at sich als ein urheberrechtlich geschütztes Werk beweist, ist es verboten, die auf der Website erscheinenden Inhalte und deren jeglichen Teil ohne die schriftliche Zustimmung des Dienstleisters abzurufen (zu vervielfältigen), wieder zu veröffentlichen, auf anderer Weise zu gebrauchen, elektronisch speichern, aufzuarbeiten und zu verkaufen.

12.2. Irgendein Inhalt der Website capetansport.at oder deren Datenbank soll ausgedrückt mit einem Verweis der angegebenen Webseite auch im Falle einer schriftlichen Zustimmung übernommen werden.

12.3. Der Dienstleister behält sich alle Rechte auf seine Dienstleistungselemente, auf seine Domännennamen und die damit gebildeten, sekundären Domännennamen bzw. auf seine Online-Werbefläche vor.

12.4. Es ist verboten, die Website capetansport.at bzw. deren einzelne Teile zu verändern oder zu dekompileieren, Benutzernamen und Passworte unlaut zu errichten und jegliche Dienste zu nutzen, die die Website capetansport.at oder ihr jegliches Teil verändern und indizieren können.

12.5. Der Name capetansport.at genießt Urheberrechtsschutz, seine Nutzung ist ausgedrückt mit der schriftlichen Zustimmung des Dienstleisters bis auf den Verweis eingeräumt.

12.6. Der Verbraucher nimmt zur Kenntnis, er soll dem Dienstanbieter im Falle von Verwendung der Website ohne Lizenz für das Recht eine Vertragsstrafe zahlen. Die Vertragsstrafe beträgt 200 EUR pro Foto, bzw. 70 EUR pro Wort. Der Verbraucher nimmt zur Kenntnis, dass diese Vertragsstrafe nicht zu weit gehend ist, und er unser Internetseiten angesichts dieser Tatsache surft. Im Falle der Verletzung der Urheberrechte beantragt der Dienstanbieter eine notarielle Zertifizierung und Beurkundung der Tatsache, wobei die Zahlungsverpflichtung auf den Verbraucher abgewälzt wird.

Pécel, 07. 08. 2017